

Danke: Ministerpräsidentin Manuela Schwesig eröffnet gemeinsam mit Innenminister Christian Pegel (1.v.l.), dem Präsidenten des Landesfeuerwehrverbandes MV Hannes Möller (3.v.l.) und Ralf Mucha das Dankesfest für die Freiwilligen Feuerwehren im IGA-Park Rostock.

Dankesfest für Feuerwehren

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: "Auf unsere Feuerwehren ist Verlass!"

Die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern lud am Samstag, den 6. Juli 2024, zum 3. Dankesfest für die Freiwilligen Feuerwehren in Mecklenburg-Vorpommern in den IGA-Park Rostock ein.

In der Zeit von 16 bis 22 Uhr erwartete die rund 2.500 Besucherinnen und Besucher ein buntes Programm für die ganze Familie auf der Festwiese des IGA-Parks.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig dankte bei der Eröffnung allen Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmännern in Mecklenburg-Vorpommern für ihren Einsatz: "Danke an die Feuerwehrleute, die das beruflich machen! Danke an die vielen Ehrenamtlichen, die ihre Freizeit und ihre Kraft für unsere Sicherheit einsetzen", sagte die Ministerpräsidentin im Namen der gesamten Landesregierung.

Wichtiger gesellschaftlicher Beitrag

"Sie schützen, löschen, bergen, retten unter großem körperlichen Einsatz, manchmal auch unter Einsatz Ihrer eigenen Gesund-

heit. Sie sind zur Stelle, wenn Sie zu Einsätzen gerufen werden: zu Unfällen, zu Wohnungs- und Autobränden, leider auch immer wieder zu Brandstiftungen. Gerade im Ehrenamt muss man viel Zeit aufbringen, für die Aus- und Weiterbildung, für das Training und natürlich vor allem für die Einsätze. Ich freue mich sehr, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern sagen können: Auf unsere Feuerwehren ist Verlass", sagte Schwesig. Zudem würden die Feuerwehren einen wichtigen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt leisten. Das gelte insbesondere im ländlichen Raum. "Die freiwilligen Feuerwehren gestalten das gesellschaftliche Leben vor Ort ganz stark mit, bei den Dorffesten sowie beim Osterfeuer. Da geht es um Kameradschaft, gute Nachbarschaft, ein gutes Zusammenleben."

Beschaffungsprogramm

Die Landesregierung unterstütze die Feuerwehren im Land. "Mit dem 50-Millionen-Euro-Programm , Zukunftsfähige Feuerwehr' haben wir das größte Beschaffungspro-

FEUERWEHREI LANDESFEUERWEHRVERBAND MECKLENBURG-VORPOMMERN OFFIZIELLE MITGLIEDERINFORMATION

IMPRESSUM

Mitgliederinformationen der Feuerwehren in Mecklenburg-Vorpommern, mit Unterstützung des LFV Mecklenburg-Vorpommern

Landesredaktion für

Mecklenburg-Vorpommern: LFV Mecklenburg-Vorpommern Geschäftsstelle

Tel.: 0385 3031-800, Fax: 0385 3031-806 E-Mail: info@landesfeuerwehr-mv.de www.landesfeuerwehr-mv.de

Herausgeber: FORUM-VERLAG HERKERT GMBH

Redaktionsanschrift:

Redaktion Feuerwer

Ernst-August-Str. 12, 12489 Berlin Tel.: 08233 381-604, Fax: 030 62842028 E-Mail: redaktion@feuerwehr-ub.de

Lavout:

Popp Medien

Die Mitgliederinformationen erscheinen monatlich als Beilage zur Feuerwehr

Für unverlangt an die Redaktion FEUERWEHR eingesandte Manuskripte und Einsendungen übernehmen der Verlag und die Redaktio keine Haftung. Ein Anspruch auf Ausfallhonorar und dergleichen besteht nicht.

gramm für die Feuerwehr in der Geschichte unseres Landes aufgelegt. 265 neue Tragkraftspritzenfahrzeuge-Wasser (TSF-W) für die Wehren im Land, neue Löschgruppenund Tanklöschfahrzeuge kommen dazu. Und für den Bau oder die Sanierung von Gerätehäusern stellen wir noch einmal 50 Millionen zur Verfügung", erläuterte die Ministerpräsidentin.

> Marie Boywitt, Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung MV



Ein Prosit auf die Feuerwehrfrauen in MV: Fast 5.000 Frauen sind bei den Feuerwehren im Land aktiv. Einige von ihnen stoßen mit der Ministerpräsidentin Schwesig an.



Stellvertretend für gut 26.000 Ehrenamtliche in MV: Manuela Schwesig bedankt sich bei den Kamerad/-innen der FF der Stadt Klütz.

Neue Kampfmittelverordnung zum 1. Juli 2024

Nach Schätzungen von Fachleuten könnten in Mecklenburg-Vorpommern noch einige Hundert Tonnen Weltkriegsmunition liegen, darunter z.B. auch zwei Kilogramm wiegende Brandbomben, die aufgrund dieses vergleichsweise geringen Gewichts möglicherweise nur knapp unter der Oberfläche zu finden sind. Damit es nicht zu Unglücksfällen kommt, gibt es im Land den Munitionsbergungsdienst (MBD), der nicht nur alte Kampfmittel aufspürt und unschädlich macht, sondern in den vergangenen Jahrzehnten durch das minutiöse Auswerten von Luftbildern und das Kartographieren von Fundstellen ein bundesweit einmaliges Kampfmittelkataster erstellt hat. Die am 1. Juli 2024 in Kraft getretene neue Kampfmittelverordnung stellt dieses Kampfmittelkataster und dessen Nutzung nun auch auf eine klare rechtliche Grundlage.

Klare Handlungsanweisungen

"Die wichtigste Neuregelung der Verordnung ist, eine lückenlose Abfolge von Handlungen vorzusehen, die für gefahrlose Bodeneingriffe notwendig ist. Daher bin ich sehr froh, dass es uns mit dieser neuen Kampfmittelverordnung gelungen ist, Schutzlücken zu schließen und gleichzeitig einen bürgerfreundlichen und kostenfreien Zugang zum Kampfmittelkataster zu schaffen. Bei allen Sorgen, die wir uns in den zurückliegenden Jahren um Pandemien, Hochwasserereignisse und Zivilschutzgefahren machen mussten, darf eben nicht vergessen werden, dass manche Gefahren schon 30 Zentimeter unter der Grasnarbe lauern können", beschrieb Innenminister Christian Pegel die Notwendigkeit der neuen Regelungen.

Die Handlungsvorgaben beginnen nun damit, dass jeder, der Bodeneingriffe vornehmen oder beauftragen will, sich im Zweifel über ein kostenloses Onlineverfahren, das auf das Kampfmittelkataster zugreift, darüber Klarheit verschaffen muss, ob mit Kampfmitteln zu rechnen ist. Ist dies der Fall, folgen eine Sondierung sowie ggf. ein Freilegen und Unschädlichmachen der Blindgänger. "Wer auf seinem Grundstück oder auch woanders - zufällig auf Kampfmittel stößt, kann natürlich über die Polizei oder die zuständige örtliche Ordnungsbehörde unmittelbar den Munitionsbergungsdienst einschalten, der solche Soforteinsätze sogar kostenfrei vornimmt", beruhigt der Innenminister.

Marie Boywitt, Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung MV

Verbesserter Brandschutz in Tierhaltungsanlagen beschlossen

Drei Jahre nach der verheerenden Brandkatastrophe in Alt-Tellin (LK Vorpommern-Greifswald), bei der bei einem Feuer in einer Ferkelzuchtanlage rund 60.000 Schweine ums Leben gekommen waren, fordern Tierund Umweltschützer noch immer das Ende der Massentierhaltung in Deutschland und wollen einen vollständigen Wiederaufbau der Anlage in Alt-Tellin, die zur Betreibergesellschaft LFD in Sachsen-Anhalt gehört, verhindern.

Eines hat der Brand von 2021 bereits bewirkt: Die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern hat die neue Richtlinie zur Verbesserung des Brandschutzes in Tierhaltungsanlagen beschlossen. Sie gilt für alle Neubauten, aber auch für Bestandsbauten, wenn für diese wesentlichen Änderungen geplant sind.

Oberstes Ziel: Prävention

Prävention ist hier das wichtigste Gebot, wie Landesbauminister Christian Pegel betont: "Ziel ist, dass Tierhaltungsanlagen so gebaut sind, dass die Entstehung eines Brandes und die Ausbreitung von Feuer und Rauch möglichst verhindert werden", und Agraminister Dr. Till Backhaus ergänzt, dies sei vor allem eine Frage der Bauweise: "Kleinere Einheiten, Brandschutzeinrichtungen, die ein Übergreifen des Feuers verhindern, und die Nutzung nicht brennbarer Baumaterialien. Die Richtlinie zielt auf eine generelle Brandvermeidung, eine sichere Brandfrüherkennung, die Minderung der Brandlast und das Löschen von Entstehungsbränden."

Die Richtlinie entstand nach intensiven Beratungen mit Brandschutzexperten, Praktikern des LFV sowie bereits bei Bränden von Tierhaltungsanlagen tätigen Freiwilligen Feuerwehren und Anhörung der Verbände. Im Einzelnen sieht sie konkrete Vorgaben bei der Unterteilung in Brandabschnitte, in Bezug auf die Löschwasserversorgung und die Erreichbarkeit durch Feuerwehrfahrzeuge, die Anzahl und Größe von Ausgängen für die Tierrettung und bei den Betreiberpflichten vor.

Die sogenannte Verbändeanhörung fand vom 8. Juni bis 21. Juli 2023 statt. Insgesamt wurden neun Fachkreise, Verbände, Kammern und Organisationen angehört, von denen sechs die Gelegenheit zur Stellungnahme genutzt haben.

"Die Richtlinie wird allgemein begrüßt", so Pegel, "die Anregungen des Landesfeuerwehrverbandes und der Landesvereinigung für Prüfingenieure wurden weitestgehend berücksichtigt. Nicht kompromissbereit waren wir bei der vorzuhaltenden Löschwassermenge für den Löschangriff. Die Menge von mindestens 192 m³ – umgerechnet 192.000 I Wasser oder um es anschaulicher zu gestalten 192 große Müllcontainer voll mit Wasser – für zwei Stunden wurde als zu hoch dimensioniert bewertet, doch aus unserer Sicht ist erst ab dieser Menge eine effektive Brandbekämpfung möglich".

Um eine schnelle und wirksame Brandbekämpfung noch wirksamer zu ermöglichen, enthält die neue Richtlinie u.a. eine Verpflichtung, um die Stallgebäude-Umfahrten sicherzustellen, die auf die Größen der Feuerwehrfahrzeuge in solchen Brandsituationen ausgerichtet sind.

Die Sicherheit in Tierhaltungsanlagen werde dadurch gesteigert, dass künftig Türen nicht gegen die Fluchtrichtung aufschlagen dürfen, die Breite von Tierhaltungsanlagen für einen effektiven Löschangriff auf 40 m begrenzt werden und die Länge der Rettungswege an der Arbeitssicherheit des Betriebspersonals ausgerichtet wird (maximal 35 m).

Die Richtlinie enthält Angaben zu Anzahl und Mindestgröße der Rettungsausgänge und Anforderungen zum Nachweis geeigneter maschineller Anlagen zur Vermeidung kritischer CO- und CO₂-Konzentrationen und Temperaturen in den Stallgebäuden.

Jährliche Sachverständigenkontrolle

Alle Anlagen, die zur Erreichung der genannten Schutzziele dienen, werden künftig jährlich (statt bisher alle drei Jahre) durch anerkannte Prüfsachverständige kontrolliert. Die Brandschutzunterweisung des Betriebspersonals wird bei Beginn des Arbeitsverhältnisses und danach jährlich erfolgen.

Um die Entstehung neuer Handelsbarrieren zu verhindern, muss die Richtlinie nach der europäischen Binnenmarkttransparenzrichtlinie 2015/1535 notifiziert werden. Daher ist die Veröffentlichung im Amtsblatt MV erst nach Abschluss des Notifizierungsverfahrens möglich.

Marie Boywitt, Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung MV